

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

17.2.1887 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. Februar.

N. 41.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Februar.

Durch ein Privattelegramm sind wir in den Stand gesetzt, nachstehende, in dem heutigen Blatt der „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen“ veröffentlichte Proklamation des kaiserlichen Statthalters Fürsten von Hohenlohe an die Wähler in Elsaß-Lothringen mitzutheilen:

„Die Reichstagswahlen werden am 21. Februar stattfinden. Als treuer Freund des Landes will ich ein wohlgemeintes Wort an Euch richten. Es ist Euch bekannt, daß der Reichstag aufgelöst worden ist, weil seine Majorität der Regierung die Forderung verweigert hat, die erhöhten Militärausgaben vom 1. April 1887 ab auf sieben Jahre, auf ein „Septennat“ zu bewilligen. Die Regierung hat diese Forderung gestellt, weil nach ihrer Ueberzeugung dem Deutschen Reiche die Gefahr eines Krieges droht, sobald der kriegerische Theil der Franzosen annehmen kann, den deutschen Streitkräften überlegen zu sein. Ist es Euer Wille, daß Elsaß-Lothringen den Schrecknissen eines Krieges auf's neue ausgesetzt werde? In den Wahlen ist einem Jeden Gelegenheit gegeben, mitzuarbeiten an dem Werke der Erhaltung des Friedens. Zur Klärung der Lage, zur Beruhigung der Gemüther, zur Sicherung des Friedens trägt es bei, wenn ruhige und verständliche Abgeordnete gewählt werden, welche den Friedensvertrag von 1871 rückhaltlos anerkennen und dem Deutschen Reiche die Mittel zur dauernden Erhaltung eines starken Heeres gewähren. Sendet Ihr dagegen Männer der Protestation in den Reichstag und solche, welche unter nichtigen Vorwänden begründete Forderungen für die Wehrkraft des Reiches abweisen, so seid Ihr zu Eurem Theil dafür verantwortlich, wenn die Unruhe nicht abnimmt, wenn die für Handel und Wandel so schädlichen Gerüchte immer von neuem aufstauen, und wenn der Friede weiterhin gefährdet bleibt. Es kann in einzelnen Wahlkreisen vorkommen, daß die Freunde des Friedens und der ruhigen Entwicklung Elsaß-Lothringens es unter dem Drucke der bisherigen Führer bis zum Wahltag zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten nicht gebracht haben. In diesem Falle könnt Ihr Euer Meinung dadurch zum Ausdruck bringen, daß Ihr weiße Zettel in die Urne legt. Auch auf diese Weise wird man die Gesinnung des Landes zu erkennen vermögen. Noch einmal: Gebenket der Liebe zu Eurem Vaterlande Elsaß-Lothringen, wißt, daß die Wiedervereinigung dieser alten deutschen Lande mit dem deutschen Reiche eine unüberwindliche ist, die nur mit dem Bestande des Deutschen Reiches selbst enden kann, und höret in diesen entscheidungsreichen Tagen nur auf das, was Gewissen und Vernunft, Liebe zum heimischen Boden, zur Familie und zu Eurem Besitze Euch rathen. — Straßburg, den 15. Februar 1887. Der kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen: Fürst von Hohenlohe.“

Die Entwicklung der bulgarischen Krisis schien in letzter Zeit gar nicht recht vom Fled zu kommen, insbesondere war von einem Fortschreiten der Verhandlungen in Konstantinopel bisher sehr wenig wahrzunehmen. Es läßt sich nicht läugnen, daß dieser Stand der Dinge, wie aus den Berichten aus Bulgarien hervorgeht, eine ungünstige Rückwirkung auf die dortigen Verhältnisse ausübt, zumal die von verschiedenen Seiten kommenden Meldungen keinen Zweifel darüber zulassen, daß die Agitation der bulgarischen Emigranten, die mit dem ausgesprochenen Zwecke betrieben wird, eine Erhebung zum Sturze der Regentenschaft herbeizuführen, zunimmt. Auch aus Ostrumelien laufen Nachrichten ein, daß unter der dortigen Bevölkerung eine Bewegung im Entstehen begriffen ist, welche durch die Unschlüssigkeit der bulgarischen Regierung den Konstantinopeler Vorschlägen gegenüber veranlaßt wurde. Nicht bloß den civilen Theil der Bevölkerung, sondern auch das Militär drohte die Bewegung mit sich fortzureißen; denn der erstere erhält aufwiegende Proklamationen und Schriften von den oppositionellen Führern, welche sich im vorigen Herbst in's Ausland geflüchtet haben, das Militär aber ist unter sich ziemlich entzweit, obwohl man sich seitens der Regierung alle mögliche Mühe gibt, dies auszugleichen oder wenigstens zu verdecken. Daß die Bewegung nicht schon größere Dimensionen angenommen hat, ist nur dem Umstande zu verdanken, daß beide Parteien es vorziehen, das Resultat der Abmachungen in Konstantinopel abzuwarten. Unter solchen Umständen ist es sehr erfreulich, daß aus Konstantinopel jetzt ein positives Resultat der dortigen Besprechungen zwischen den bulgarischen Delegirten, den türkischen Staatsmännern und Zanoff gemeldet wird. Es liegt heute folgende Depesche der „Agence Havas“ vor:

In der gestrigen Beratung zwischen den Vertretern der Pforte und den bulgarischen Delegirten soll hinsichtlich der Zusammensetzung der neuen Regentenschaft ein Einvernehmen dahin erzielt worden sein, daß die Regentenschaft aus Stambuloff, Zanoff und einer dritten, durchaus neutralen Persönlichkeit bestehen solle, über die man sich später einigen würde. Gleichzeitig wäre auch die Ernennung eines neuen Kriegsministers im Principe zugestanden.

Die Loslösung des rheinischen Adels von der Zentrumsparthei.

Das dem Centrum gespendete Lob des Heil. Vaters, dessen wiederholt und bestimmt ausgesprochener Wunsch, daß das Centrum für das Septennat stimme, und sich dadurch „um das Vaterland, um die Humanität und um Europa verdient mache“, sowie die Befürchtung des Papstes, daß ein dem Septennat feindseliges Verhalten das Centrum als „unpatriotisch“ erscheinen lasse, diese drei Gesichtspunkte stehen gleichwerthig neben einander.

Es ist daher schlechterdings unzulässig, die päpstliche Kundgebung ausschließlich und einseitig nur als ein Eintreten des Heil. Vaters zu Gunsten des Centrum und seines Fortbestandes zu bezeichnen und auszubuten.

Niemand wird leugnen, daß der Papst die früheren Leistungen des Centrum gelobt hat. Aber indem er die Verdienste unverändert anerkennt, „welche das Centrum und seine Leiter sich bei der Verteidigung der Sache der Katholiken erworben haben“, wendet der Heil. Vater sich gleichzeitig in den oft zitierten Sätzen nicht mehr an das Centrum, sondern er spricht seine Ansicht darüber aus, wodurch jetzt die „Aktion der Katholiken im Reichstage“ bedingt sei. Der Katholik, nicht des Centrum.

Daß die ihrer Kirche treuen Katholiken und das im offenen Bündniß mit dem demokratischen Fortschritt die nationale Politik der Reichsregierung bekämpfende Centrum nicht identisch sind, dafür ist ein neuer und schwerer wiegender Beweis der hochwichtige Aufruf des katholischen Adels der Rheinprovinz. Dieser fordert in voller Uebereinstimmung mit dem päpstlichen Schreiben auf, treu und fest zum Kaiser zu stehen und nicht für das Centrum, sondern für eine katholisch-konservative Partei zusammenzuwirken.

Der Aufruf des rheinischen Adels hat folgenden Wortlaut:

„An unsere rheinischen Landsleute!
Mit aufrichtiger Anerkennung haben wir bei Beginn des Kulturkampfes auf das Centrum geblickt, als es die katholische Fahne aufpflanzte und mannschaft verteidigte. Mit Schmerz aber mußten wir konstatieren, daß die Partei mit der Zeit immer mehr dahin kam, im Bunde mit Welfen und Polen auch unheimliche Zwecke zu dienen. Besonders seitdem durch die hochherzige Entschlossenheit Seiner Majestät unseres Kaisers und Königs ein Wechsel im Kultusministerium eingetreten und durch das bereitwillige Entgegenkommen Seiner Heiligkeit des Papstes sich eine Verständigung der beiden höchsten Gewalten der Welt, der römisch-katholischen Kirche und des Deutschen Reiches anbahnte, vermochte die Zentrumsleitung dieser Richtung nicht im gehofften Maße zu folgen, sondern verbarste zu sehr in ihrer früheren Stellung als Oppositionspartei. Jetzt, im Momente, als es galt, das Vaterland gegen alle auswärtigen Gefahren wehrhaft zu erhalten, verfolgte das Centrum statt einer großen nationalen Politik die Politik kleinlichen Nörgelns und endigte schließlich im offenen Bündniß mit dem demokratischen Fortschritt! Alles das trotz dringlichster Mahnung Seiner Heiligkeit unseres Kirchenoberhauptes! Nachdem jetzt auch nach Bekanntmachung der päpstlichen Kundgebung die Kölner Zentrumsversammlung den Beschluß gefaßt hat, den bisherigen Vertretern im Reichstage die vollste Zustimmung auch zu der in der letzten Session beobachteten Haltung auszusprechen, und alle rheinischen Wähler auffordert, mit größter Entschiedenheit für die Wiederwahl der alten bezw. Neuwahl gleichgesinnter Abgeordneten für das Centrum des Reichstages einzutreten, halten wir, in voller Uebereinstimmung mit dem päpstlichen Schreiben, es für unsere Pflicht, unsere rheinischen Landsleute hiedurch aufzufordern, treu und fest zum Kaiser zu stehen, und mit uns zusammenzuwirken für eine katholisch-konservative Partei. Rheinprovinz, den 7. Februar 1887.“ (Golgen Unterschriften von 37 Namen des hohen rheinischen Adels; an der Spitze Graf v. Fürstenberg-Stammheim.)

Die Katholiken, die sich mit dem Papst in Uebereinstimmung wissen, müssen also darauf hinarbeiten, das mit dem demokratischen Fortschritt verbündete Centrum zu sprengen.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt:
„Der Reichstag ist aufgelöst worden, weil er das Septennat verworfen hat, und die erste Frage, die jede Wählerschaft an den neuen Kandidaten zu richten hat, ist die, ob er für oder gegen das Septennat stimmen wolle. Es ist ein falsches Spiel mit einem konstitutionellen Wort getrieben, wenn Kandidaten, die von zentraler Seite aufgestellt sind, die klare Antwort auf diese Frage unter dem Vorwande weigern, es sei wider die Verfassung, ein imperatives Mandat anzunehmen. Ein imperatives Mandat ist die Abgabe einer Stimme im Sinne der Auftraggeber unter allen und jeden Umständen. Um ein solches Mandat handelt es sich nicht, höchstens verlangt das die Deutschfreisinnig-Windthorst'sche Antisepennatpartei; was die reichstreuen Parteien, was namentlich die reichstreuen Katholiken von ihren bisher dem Centrum zugehörigen Vertrauensmännern verlangen, ist die Erklärung, ob sie jetzt, wie die Dinge liegen und nach Allem, was bekannt geworden ist, entschlossen sind, für das Septennat zu stimmen oder nicht. Wenn zwischen jetzt und der Stunde der Entscheidung neue Ereignisse eintreten würden, so wären die betreffenden Abgeordneten ja selbstverständlich an ihren früheren, also den jetzigen Entschluß nicht gebunden. Wir halten es bei der Schwere der Frage für das einzig Gebotene, daß der Kandidat seinen Wählern freimüthig erkläre, wie er heute gewonnen

ist, sich dem Septennat gegenüber verhalten zu wollen. Keine Partei vergibt ihre Mandate in einer dem imperativen Mandat so nahe kommenden Form, wie die Zentrumsparthei; daß nun gerade die Kandidaten dieser Partei sich dagegen verwahren, in der Entscheidungsfrage ihren Wählern reinen Wein einzuschlecken, damit sie nicht der Verdacht treffe, imperative Mandate zu billigen, ist etwas sonderbar, erklärt sich aber immerhin aus der ungemüthlichen Lage, in welcher sich die septennatsfreundlichen Zentrumsabgeordneten befinden.“

Der „Babische Beobachter“ setzt nicht nur den Mißbrauch des päpstlichen Namens fort, sondern erhöht und erweitert denselben noch durch nicht minder unzulässigen Mißbrauch der Namen dreier Bischöfe, indem er aus den veröffentlichten Erklärungen der Herren Bischöfe von Mainz und Limburg, ebenso wie aus der Note des Kardinals Jacobini, nur jene Sätze heraushebt, die zu seiner Tendenz passen und den Herrn Bischof von Fulda eine Erklärung abgeben läßt, deren Authentizität sehr in Frage steht.

Der Herr Bischof von Mainz erklärt allerdings, daß er „die so schwierige Entscheidung der schwebenden politischen Fragen der Einsicht der erprobten Männer überlasse, welche sich durch Wahrung unserer religiösen Interessen so hohe Verdienste erworben haben“. Gleichzeitig aber gesteht er zu, im Privatgespräch die Aeußerung gethan zu haben, daß er die Annahme des Septennats für ein Glück halte, damit die herrschende Aufregung beseitigt werden könnte. Von diesem, nicht zu der septennatsfeindlichen Tendenz des „Beobachters“ stimmenden Theil der Erklärung des Herrn Bischofs von Mainz steht in den fettgedruckten Sätzen dieses Blattes nichts. Er verstümmelt also, und mißbraucht wie den Namen des Heil. Vaters, so auch jenen des Bischofs von Mainz.

Am Schlusse des Erlasses des Herrn Bischofs von Limburg steht der Satz, es habe „das Centrum den Wünschen des Heil. Vaters bereits durch die Abstimmung für das Triennat in erfreulicher Weise Rücksicht geschenkt“. Dieser Satz beweist, daß der Herr Bischof das Centrum für fähig hielt, die von der Regierung geforderten Mittel zur Erhöhung der nationalen Wehrkraft vollständig zu verweigern. Nur diesen Satz druckt der „Beobachter“ in Fettschrift ab. Die Mahnung des Bischofs an seinen Klerus, sich jeder Agitation gegen das Septennat, entsprechend den Wünschen des Papstes, zu enthalten, unterdrückt der „Bab. Beobachter“ und mißbraucht somit auch den Namen des Bischofs von Limburg.

Daß die Umwandlung einer Mittheilung des Wahlkomite's zu Fulda in eine amtliche Erklärung des Herrn Bischofs von Fulda ein Mißbrauch des Namens dieses Bischofs ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Wie der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ aus Dresden telegraphirt wird, hat das dortige apostolische Vikariat gleich nach der Auflösung des Reichstages der sächsischen katholischen Geistlichkeit jedwede agitatorische Wahlthätigkeit streng untersagt.

Deutschland.

* Berlin, 15. Febr. Seine Majestät der Kaiser wohnte der gestrigen Vorstellung im Opernhause bei und empfing heute Vormittag den Chef des Militärkabinet's General v. Albedyll zu einstuündigem Vortrag.

— Im Herrenhaus machte heute der Präsident die Mittheilung, daß die Kommission für Berathung der Kirchenvorlage (darunter Bischof Kopp) sich konstituiert und den Grafen zur Lippe zum Vorsitzenden gewählt hat. Der Gesetzentwurf über die durch das Auseinandersehensverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten wurde sodann nach unerheblicher Debatte genehmigt. Zum Gesetzentwurf betreffend die Feststellung der Leistungen für die Volksschulen beantragte Kleist-Regow dasselbe auch auf Schulbauleistungen auszu dehnen. Fürst Bismarck sprach gegen diesen Antrag; man müsse eine ungleiche Belastung der Gemeinden vermeiden und solle das Zutraftreten der nach Anhörung der Provinziallandtage und des Staatsraths nicht ohne Mühe zu Stande gekommenen Vorlage nicht erschweren. Kleist-Regow zog darauf seinen Antrag zurück. Die beiden ersten Paragraphen wurden nach den Kommissionsanträgen angenommen. Zum folgenden Paragraphen schlug die Kommission vor, das Gesetz in Posen, Schleswig-Holstein, Westfalen und in der Rheinprovinz erst nach Einführung der Kreisordnung in Wirksamkeit treten zu lassen, während die Regierungsvorlage diese Beschränkung nur für Posen will. Der Kultusminister sprach sich gegen die Kommissionsanträge aus, auch Fürst Bismarck hat, die Regierungsvorlage anzunehmen. Der Rest des Gesetzes wurde hierauf in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Zwei andere kleine Vorlagen wurden nach den Anträgen der Kommission genehmigt. Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

— Die Bekanntmachung des Staatsministeriums, welche auf Grund des Sozialistengesetzes für die Städte Stettin, Grabow und Altbam, für die Amtsbezirke Bredow, Warsaw, Scheune und Finkenwalde den kleinen Belagerungszustand anordnet, bestimmt Folgendes: Versammlungen zur Berathung öffentlicher Angelegenheiten dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Ortspolizei stattfinden. Die Verbreitung von Druckschriften auf den Straßen ist verboten. Personen, welche einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung verdächtig sind, kann der Aufenthalt verweigert werden. Das Waffentragen, die Einfuhr und der Verkauf von Sprenggeschossen ist

mit gewissen Ausnahmen verboten. Die drei letzten Anordnungen treten sofort, die ersten am dritten Tage in Kraft.

Kiel, 15. Febr. Heute fand auf der hiesigen kaiserlichen Werft der Stapellauf des als Ersatz für „Albatros“ gebauten Kanonenbootes statt. Die Taufrede hielt Admiral v. Wiedebe, das Fahrzeug erhielt den Namen „Eber“.

Strasbourg, 16. Febr. (Tel.) Der Oberreichsanwalt Lessendorff ist aus Anlaß der Untersuchung wegen Verbindungen mit der Patriotenliga gestern hier eingetroffen und heute nach Mühlhausen weitergereist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Febr. Im ungarischen Reichstage legte Minister Fejervary heute die Kreditforderung von 7,460,000 Gulden zur Beschaffung von Reserve der Kriegsvorräthe für die Honveds und zur Ausrüstung für die als erster Bedarf aufzubietenden Landsturmtruppen vor. In der Begründung ist gesagt: Obwohl uns schon mit Rücksicht auf die Grundlagen der Monarchie in Gegenwart wie in Zukunft jeder Gedanke eines Angriffskrieges fern ist, unsere Interessen vielmehr auf eine friedliche Entwicklung verweisen und alles Streben der maßgebenden Kreise auf die Erhaltung des Friedens hinzielt, sind doch unsere geographische Lage und unsere Existenzbedingungen solche, daß wir uns den wann immer auftretenden Verwicklungen europäischer Interessen nicht entziehen können und für den äußersten Fall, wie jeder Staat, der Lebensfähigkeit fühlt und auf die Geltendmachung seiner Interessen nicht verzichten will, zu Opfern bereit sein müssen und uns nicht etwa von den Ereignissen überraschen lassen. Das gemeinsame Kriegsministerium trage die Kosten nach der bereits ausgesprochenen Mobilmachung; der Landesverteidigungsminister müsse aber dafür sorgen, daß der Landsturm kriegsfähig anrücken könne. — Graf Deym, welcher zum Gesandten in München ernannt ist, hat sich schon dahin begeben, um seine Kreditivue zu überreichen. Für den Gesandtenposten in Bukarest ist der bisherige Botschaftsrath in Paris, Graf Goluchowski, bestimmt. Der frühere diplomatische Agent in Sofia, Freiherr v. Biegeleben, soll zum Botschaftsrath in London ernannt und Legationsrath v. Eisenstein der Berliner Botschaft zugetheilt werden. — Baron Orczy begab sich gestern nach Budapest zur Uebernahme der interimistischen Leitung des Ministeriums des Innern. — Nach einer Meldung aus Lemberg ist die Nachricht des „Standard“ über stärkere Konzentrationen russischer Truppen an der galizischen Grenze völlig unbegründet.

Pest, 15. Febr. Der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses nahm die von dem Honvedminister eingebrachte Kreditvorlage von 7,460,000 Gulden einstimmig an.

Frankreich.

Paris, 15. Febr. Im Senat zeigte Präsident Leroyer den Tod Cornes, Senators auf Lebenszeit, an. Darauf nahm der Senat den Handels- und Schifffahrtsvertrag Frankreichs mit Korea an.

Italien.

Rom, 15. Febr. Mit dem Dampfer „San Gottardo“, welcher 46 Verwundete mitgebracht hat, ist ein Bericht des Generals Gené eingegangen; derselbe ist aus Massanah vom 9. Februar datirt und besagt: „Die Lage ist noch immer dieselbe; den hier eingelangten Nachrichten zufolge würde der Negus wieder zurückgehen und Truppen nach Aligrat senden. Man versichert ferner, daß der Sohn des Negus ein sehr blutiges, aber erfolgreiches Gefecht mit sudanesischen Aufständischen in der Gegend von Metemeh bestritten habe. Ras Mula befindet sich noch in Asmara; er soll indessen sein Lager nach Gurra verlegt haben. Ich glaube, daß Major Piano Montag Abend in Asmara angekommen ist, und erwarte von ihm Nachrichten.“

Portugal.

Lissabon, 15. Febr. Ueber die Differenzen des Sultans von Sansibar mit dem Gouverneur von Mozambique verlautet hier: Der Sultan habe sich geweigert, mit dem Gouverneur über den Besitz der Tungi-Bai und die Grenze am Cap Delgado gemäß dem im Vorjahr an den König von Portugal gerichteten Schreiben und seiner Depesche vom 18. Januar zu verhandeln. Der Gouverneur glaubte deshalb eine letzte Frist stellen zu sollen, welche jetzt abgelaufen ist. Der Gouverneur habe sich daher nach Tungi begeben. Die Portugiesen in Sansibar wurden dem Schutze des deutschen Konsuls unterstellt.

Großbritannien.

London, 15. Febr. Das Unterhaus verwarf bei der Fortsetzung der Adreßdebatte nach fünfständiger Verhandlung einen von Gzlemont gestellten Antrag betreffend die Pachtkontrakte der Landpächter in Schottland, mit 198 gegen 96 Stimmen. Campbell beantragte ein Amendement zu Gunsten der Errichtung lokaler Körperschaften in Schottland und anderen Theilen Großbritanniens zur Behandlung lokaler Angelegenheiten. Balfour bekämpfte diesen Antrag, welcher schließlich zurückgezogen wurde. Der Unterstaatssekretär Gorst erklärte, daß die Regierung keine Nachricht habe, welche das Einrücken chinesischer Truppen in Oberbirma bestätige. Der Lord des Schatzamtes, Smith, konstatierte, daß bei dem gegenwärtigen Zustande der Unterhandlungen betreffend Bulgarien es jetzt unthunlich wäre, weitere Vorlagen von Schriftstücken zu machen. Worms führte aus, die Regierung habe bei den Kontinentalregierungen Schritte gethan zum Zwecke einer internationalen Konferenz zur Feststellung der Zuckerpriämien und fügte hinzu, einige Antworten seien nicht ungünstig. Bei der Wiederaufnahme der Adreßdebatte

beantragte Cameron ein Amendement betreffs der schottischen Kleinbauern, welches besagt, daß die jüngsten Ereignisse auf Skye und Tyree, sowie die allgemeine Justizverwaltung in den Hochlanden eine erschöpfende Untersuchung erheischen.

Dublin, 16. Febr. (Tel.) Unweit Ballhear in der Grafschaft Clare wurde gestern Abend aus dem Hinterhalte auf den Gerichtsvollzieher und zwei Polizisten geschossen; alle drei Personen wurden verwundet, der Gerichtsvollzieher tödtlich. Die Thäter sind noch unermittelt.

Wahlnachrichten.

Karlsruhe, 15. Febr. In Sachen des Karlsruher Militärvereins geht uns folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme zu: Der unterzeichnete Vorstand und Gesamtvorstand des Karlsruher Militärvereins sieht sich veranlaßt, auf den namenlosen Aufseher des „Badischen Landesboten“ und des „Badischen Beobachters“ vom 11. und 13. Februar d. J. zu erwidern: „Daß auf die Aufforderung an unser Mitglied, aus dem Verein auszutreten, weil wir Politik trieben, bis jetzt noch kein einziges Mitglied seinen Austritt angezeigt hat, dagegen eine größere Anzahl sich als Mitglieder aufnehmen ließen. Wir sind gerne bereit, beiden angelegentlich sehr „reichstreuen“ Redaktionen die Namen derjenigen Mitglieder bekannt zu geben, die auf Grund dieses Auftrages den Austritt etwa anzeigen werden. Weder von einer im „Landesboten“ erwähnten größeren Anzahl „reichstreuer“ aber nicht nationalliberalen, noch von den acht im „Beobachter“ genannten reichstreuen Vereinsmitgliedern ist dem Vorstand irgend eine Mittheilung der Unzufriedenheit über die in unseren beiden letzten Versammlungen einstimmig gebilligten Resolutionen zugekommen.“

Der Vorstand hat in einer Vereinsversammlung des Ab- und Bünzgan-Militärvereinsverbandes, in welcher 22 Ortsvereine vertreten waren, ausdrücklich aufgefordert, wer irgend mit den gefaßten Beschlüssen nicht einverstanden sei, möge ohne Rückhalt offen seine Ansicht äußern, wogegen sich keine einzige Stimme erhob. Wir lassen in den Militärvereinen auch gegenseitige Ansichten zur Geltung kommen, so lange sie nicht der Treue gegen Kaiser und Großherzog, und zumal in dieser reinen militärischen Frage für den Bestand des Deutschen Reiches und seiner Wehrfähigkeit entgegenstehen. Wir Angehörige des Militärvereins, die wir zur großen Mehrzahl vor dem Feinde gestanden haben, wissen, was Krieg heißt und wie man vorbereitet sein muß, und wissen auch, daß nur durch eine reichstreue, monarchische Gesinnung, wo der Wille des Kaisers und unseres Großherzogs uns unbedingter Befehl ist, der alleinige Bestand des Reiches am besten gesichert werden kann.

Es gibt bei uns keine nationalliberale, sozialistische oder ultramontane Partei, sondern nur diejenige Gesinnung, die für unsern Kaiser und seine treu bewährten Rathgeber eintritt. Deshalb mögen sich die „andersgläubigen“ Redaktionen beruhigen, die Militärvereine wissen, was sie zu thun haben, und je feindseliger sie gegen dieselben auftreten, um so fester wird der Kitt werden, der sie zusammenhält. Karlsruhe, den 15. Febr. 1887.

Der Gesamtvorstand des Karlsruher Militärvereins.
Febr. 8. Schilling von Canstatt, Major a. D., 1. Vorstand, Albert Ziegler, Medizinalassessor, 2. Vorstand, Heinrich Vetter, Centralassistent, Friedrich Ditt, Assistent, Hermann Kramer, Expeditor, Johann Kern, Revisionsassistent, Hans Will, Assistent, Joseph Madamull, Assistent, Ottomar Stab, Hausmeister, Ludwig Andreas, Kaufmann, Ludwig Federlechner, Zugmeister, Wilh. Frey, Straßenmeister, Martin Hauswirth, Kassendiener, Rudolf Hesseauer, Kassendiener, Karl Landauer, Galtwirth, Theodor Lang, Centralassistent, Georg Lauer, Hofsourier, Max Lembke, Kaufmann, August v. Müller, Buchhändler, Dr. Hermann Pfaff, Regierungsrath, Josef Schuler, Revisor.“

Nippur, 15. Febr. Gegenüber einer Notiz des „Bad. Landesboten“ erklärt Bürgermeister Zurrer die Behauptung, es habe ein Wirth auf dem Rathhause die Eröffnung zu bezeichnen gehabt, daß er in seinen Räumen ultramontan-demokratische Wahlversammlungen nicht abhalten lassen dürfe, für unzuwahr.

Weinheim, 15. Febr. Eine gestern dahier stattgefundene, von der demokratischen Partei berufene Wahlversammlung wurde von dem Oberamtmanne Kopp auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst, weil der demokratische Kandidat Herr Kohn sagte: „Die Arbeitgeber genießen Koalitionsfreiheit, um den Lohn der armen Arbeiter herabzudrücken zu können, die Arbeiter sind völlig schutzlos.“ Die Wahl dieses Redners im 11. Wahlkreise unterliegt die Zentrumsparthei, und die Zuwendung der Zentrumsstimmen an einen Mann, der solche Ansichten ausspricht, wird insbesondere von Landgerichtsrath Freiherr v. B. u. l. empfohlen.

Baden, 15. Febr. Die Wahltagung wirft jetzt auch in unserem sonst so ruhigen 8. Wahlbezirk hohe Wellen. Der Kandidat der Nationalgefeierten, Dr. Lydtin, wird diese Woche etwa 10 Ortschaften bereisen, zunächst Weitenung, Neumeyer, Steinbach, Bülberthal, Altschweier, Bühl und Schwarzbach. Montag waren hiesige Liberale bei den Versammlungen in Dürmersheim und Singheim thätig. An letzterem Orte liegen die Kerikalen die Gegner jedoch nicht zu Wort kommen. Die auf heute Abend im Waldreitfaal vom Arbeiterkandidaten Ged angelegte Versammlung wurde polizeilich verboten. Nächsten Donnerstag den 17. wird im Nationalliberalen Verein der Gymnasiumsdirector Fröhe die Hauptrede halten. Herr Lydtin, der in Bühl beschäftigt sein wird, kann an diesem Abend sich nicht selbst den Badener Wählern vorstellen. Unter dem Wahlaufseher stehen diesmal aus den Landbezirken auch Namen von Männern, die sonst als Anhänger der Kerikalen galten.

Freiburg, 15. Febr. Der „Freiburger Bote“ erhält von Hrn. Oberbürgermeister Schuler folgende Erklärung: „In der heutigen Nummer des „Freiburger Botes“ ist unter der Aufschrift: „Ein national-liberaler Mutterkandidat für das Tabaksmonopol“ ein Artikel aus dem Morgenblatte der „Neuen Badischen Landeszeitung“ vom 10. d. Mts. abgedruckt, welcher mich zu folgender Erklärung veranlaßt: 1) Ich bin ein grundsätzlicher Gegner aller Monopole und würde, wie ich dies in der Emmendinger Wahlversammlung ausdrücklich betont habe, falls eine Vorlage über das Tabaksmonopol jemals wieder dem Reichstage gemacht werden sollte, als Abgeordneter, sowohl in dieser als überhaupt in allen andern hochwichtigen Fragen, stets Fühlung mit meinen Wählern suchen. 2) Es ist nicht wahr, daß ich in meiner Programmrede zu Emmendingen erklärt habe, keiner Fraktion beitreten zu wollen. Im Gegentheil, ich habe hervorgehoben, daß ich wie bisher, so auch künftig, der national-libera-

len Partei angehöre, ohne mir jedoch einen Fraktionszwang auferlegen zu lassen.“

Freiburg, 16. Febr. (Tel.) Die „Freiburger Zeitung“ veröffentlicht soeben eine Erklärung eines katholischen Geistlichen, welcher nach einer einleitenden redaktionellen Bemerkung der Anhaltsgestalt des hiesigen Landesgefängnisses, Pfarrec Krauß, ist, worin derselbe als Patriot und Geistlicher für das Septennat eintritt und sich, gestützt auf die Kundgebung des Papstes, mit aller Entschiedenheit auf die Seite der deutschen Reichsregierung stellt.

Waldkirch, 14. Febr. Gestern hatten wir eine sehr umfassende Wahltagung in unserm stillen Thale. Zu der von der Zentrumsparthei auf Morgens 11 Uhr anberaumten Versammlung, in welcher Herr Anwalt Marde sein Programm entwickelte, waren auch die Vertreter der reichstreuen Parteien aus Waldkirch erschienen, welche energisch den Ausführungen des Kandidaten und des Ortspfarrers entgegentraten. Die beiden am Nachmittag und Abende von der liberalen Partei veranstalteten Versammlungen waren sehr zahlreich besucht und es fanden die patriotischen Reden des Herrn Fabrikant Genthe und Oberamtmanne Best aus Waldkirch vielen Beifall. Besonderen Eindruck machten auch die warmen Ansprachen des Rector Sell von der Hochburg, der als treuer Sohn der katholischen Kirche und als Landwirth zu den Landwirthern sprach.

Aus dem 3. Reichstags-Wahlkreis, 15. Febr. Legten Sonntag Nachmittag fand in Wehr eine außerordentlich stark besuchte allgemeine Wählerversammlung statt, auf welcher Herr Fabrikant C. F. Krafft von St. Blasien in längerer Rede über die Stellung der nationalliberalen Partei zur Militärvorlage sprach. Anschließend an das Wort unseres Generalfeldmarschalls Molke, nach welchem es 50 Jahre schwerer Mühsal bedürfe, um das wiedergewonnene Elsaß-Lothringen zu behaupten, machte der Redner zum Beweise dafür, daß man sich in Frankreich seit 16 Jahren auf den „heiligen Krieg“ vorbereite, nachfolgende Zahlenangaben: Die Friedenspräsenzstärke des französischen Heeres betrage 471,000 Mann gegen 427,000 Mann in Deutschland; im Kriegsfalle stelle Frankreich unsern 1,600,000 Mann 2,000,000 entgegen; die französische Armee solle um 47,000 Mann, die deutsche um 41,000 Mann verläßt werden; für das französische Heer würden jährlich pro Kopf 21 Fr. 57 Ctm., im Ganzen 826 Millionen Frs. aufgewendet, bei uns 9 M. 53 Pf., bezw. 466 Millionen Mark, der französische Soldat diene 14 Jahre im Heere, der deutsche nur 12 Jahre. Dazu komme, daß seit dem letzten Kriege die technische Ausbildung des französischen Heeres große Fortschritte aufweisen könne. Der Kandidat schilderte sodann eingehend die über die Militärvorlage in der Kommission gepflogenen Verhandlungen und legte die Gründe auseinander, weshalb er, trotz des relativ hohen Aufwandes von 23 Millionen, für das Septennat eingetreten sei. Besüglich der in der oppositionellen Presse erhobenen Anschuldigungen, als handle es sich um Entäußerung von Volksrechten, Einführung von Monopolen etc. erklärte Herr Krafft, daß er nie sich bereit finden lassen werde, für Monopole zu stimmen; allein dieselben würden von selbst kommen, sobald die normalen Steuerkräfte durch einen unglücklich geführten Krieg aufgebraucht sein würden. Desgleicher werde er nie Verleumdungen, das geheime, direkte Wahlrecht abzuschaffen, seine Zustimmung ertheilen, da er in dieser Einrichtung eine der werthvollsten Errungenschaften unseres Volkes erblicke. Nachdem der Redner noch verschiedene Gesetzesentwürfe einer Besprechung unterzogen und seine Stellung für oder gegen dieselben begründet hatte, forderte er die Wähler auf, am 21. Februar nachmittags in die Wahlurne zu treten und dort so zu wählen, wie sie es vor ihrem Gewissen zu verantworten vermöchten. Ein auf Seine Majestät den Kaiser ausgebrachtes Hoch fand begeisterten Widerhall. Herr Oberamtmanne Führerbach von Schopfheim führte in meisterhafter Weise aus, wie die Mehrheit des nun aufgelösten Reichstages einestheils aus Haß gegen die Regierung, andertheils aus Haß gegen das Deutsche Reich durch die Verwerfung der Militärvorlage eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen hätte. Herrn Birlemayer sei in der That zu gratulieren zu der Zurücknahme seiner Kandidatur. Redner zeigte hierauf durch Verlesung und Besprechung der Jacobinischen Briefe, daß es an der Zeit sei, dem Windhorst'schen Treiben, durch das die katholische Sache nur geschädigt statt gefördert werde, ein Ende zu machen. Mit der Aufforderung, am 21. Februar Mann für Mann zu Gunsten unseres Kandidaten Krafft einzutreten, und einem begeistert ausgenommenen Hoch auf denselben schloß der Redner, dessen Worte auf die Versammlung einen tiefen Eindruck machten. Es sprachen hierauf noch Herr Landgerichtsrath Rölker von Waldshut, der durch eine große Menge von Zahlenangaben die Nothwendigkeit der geforderten Mannschaft und des Septennates bewies und auf die Armeetaxi, sowie Herr Staatsanwalt Gageur von Waldshut, der die in dem Kraft'schen Programm vom Jahre 1884 aufgestellten Versprechungen der Reihe nach besprach und bewies, daß dieselben von unserem Kandidaten voll und ganz erfüllt worden seien. Herr Bürgermeister Grether von Schopfheim toastirte auf die Einigkeit und freundschaftliche Gesinnung des Wiefen- und Wehrthales. Mit einem Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog wurde die Versammlung geschlossen, deren glänzender Verlauf ein deutlicher Beweis dafür ist, daß die von Seiten der Kerikalen Partei neu aufgestellte Kandidatur des Herrn Pfarrer Schuler von Klein völlig aussichtslos ist.

Vom Bodensee, 14. Febr. Das Königl. Oberamt Sigmaringen hat heute eine Bekanntmachung erlassen, worin es u. a. heißt: Das deutsche Volk soll am 21. Febr. an der Wahlurne darüber entscheiden, auf wessen Seite es treten will. Die Zurechnung des Kaisers und seiner Verbündeten ist nur darauf gerichtet, daß aus den Neuwahlen eine Mehrheit hervorgehen wird, welche durch Annahme der von dem früheren Reichstage abgelehnten Militärvorlage dem deutschen Heerwesen diejenige feste und sichere Grundlage zu geben entschlossen ist, die nach der Ueberzeugung Seiner Majestät des Kaisers zur Wahrung der in schweren Kämpfen erklangenen Machtstellung des Deutschen Reiches, zum Schutze seiner Grenzen und zur Erhaltung des Weltfriedens notwendig ist. Es ist die Pflicht der Behörden, gegenüber den unwahren Darstellungen der gemäßigten Parteien hierauf hinzuweisen und die Wähler über die wahre Bedeutung der Neuwahlen aufzuklären.

Berlin, 15. Febr. Gestern Abend fand im Kroll'schen Etablissement eine große Wahlversammlung der vereinigten Konfessionen und Nationalliberalen statt, welcher auch Minister v. Buttner beizuwohnt. Rechnungsrath Pisko eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, worauf Febr. v. Bedlitz-Neufkirch, v. Benda und Febr. v. Erffa Reden hielten.

Frankfurt, 15. Febr. Das heute ausgegebene Amtsblatt für den Stadtkreis und für den Landkreis Frankfurt a. M. enthält

hält folgende Bekanntmachung: „Der Reichstag ist aufgelöst, weil die Mehrheit dem vom Kaiser und seinen Verbündeten vorgelegten Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres die Zustimmung verweigert hat. — Das deutsche Volk soll am 21. Februar an der Wahlurne darüber entscheiden, auf welcher Seite es treten will. — Unter Entstellung der Wahrheit wird der Versuch gemacht, bei den Wählern über die Bedeutung der abgelehnten Vorlage und über die Absichten der verbündeten Regierungen falsche Anschauungen hervorzurufen. — Insbesondere wird das Wort „Septennat“ dazu mißbraucht, um die irrthümliche Meinung zu erregen, als ob die aktive Dienstpflicht von drei auf sieben Jahre verlängert werden solle. — Die Regierungsvorschläge verfolgen aber einzig und allein den Zweck, den Stärkebestand des stehenden Heeres während eines Zeitraumes von sieben Jahren festzulegen zu sichern. Dies und nichts anderes ist unter „Septennat“ zu verstehen. Die aktive Dienstpflicht, d. h. die Zeit, während welcher der Einzelne bei der Fahne zu dienen hat, soll keinerlei Veränderung erfahren. — Auf Täuschung berechnet ist ferner die Behauptung, daß die Beschlüsse des Reichstags über die Militärvorlage nur den Vorwand zur Auflösung gegeben hätten und daß die Neuwahlen zur Erreichung anderer Zwecke und Ziele dienen sollen. Die Zuversicht des Kaisers und seiner Verbündeten ist nur darauf gerichtet, daß aus den Neuwahlen eine Mehrheit hervorgeht, welche durch Annahme der von dem früheren Reichstage abgelehnten Militärvorlage dem deutschen Heere diejenige feste und sichere Grundlage zu geben entschlossen ist, die nach der Ueberzeugung seiner Majestät des Kaisers zur Wahrung der in schweren Kämpfen erlangenen Machtstellung des Deutschen Reiches, zum Schutze seiner Grenzen und zur Erhaltung des Weltfriedens notwendig ist. — Es ist Pflicht der Behörden, gegenüber den unwahren Darstellungen der gegnerischen Parteien hierauf hinzuweisen und die Wähler über die wahre Bedeutung der Neuwahlen aufzuklären. — Die Ortsbehörden des Kreises werden daher veranlaßt, diese Bekanntmachung unverzüglich weiter zu veröffentlichen und ihr die größtmögliche Verbreitung zu geben. Frankfurt a. M., 15. Februar 1887. Der Königliche Landrath und Polizeipräsident: von Hergenbahn.“

München, 15. Febr. Der Febr. zu Franckenstein veröffentlicht in der „Augsburger Postzeitung“ folgende Erklärung: „Da die gegnerische Presse nicht aufhört, in geschäftiger Art meine Handlungsweise zu verächtigen, so erkläre ich: 1) daß die Rote Jacobini's vom 3. Januar mir nicht mitgeteilt wurde; ich las sie zuerst in der „Allgem. Zeitung“; 2) daß mir der Münchener Nuntius zur Mitteilung an Windthorst mit der Weisung, er möge damit die besten Gebrauch machen, geschrieben hat, der Papst wünsche, daß das Centrum für's Septennat stimme, weil ihm die Zustimmung geworden, daß eine vollständige Revision der Maßregeln beabsichtigt sei und eine bezügliche Vorlage dem nächsten preussischen Landtage gemacht werden solle.“ Dazu bemerkt die „Köln. Ztg.“: „Thatsache bleibt, daß Freiherr zu Franckenstein in Kenntnis des päpstlichen Wunsches selbst hervorragende Vertrauensleute, wie den Grafen Preysing und Professor Dindorf, entgegen dem Inhalte des päpstlichen Schreibens, völlig im Unklaren ließ. Ob Freiherr zu Franckenstein bloß den Wortlaut oder bloß den Inhalt des päpstlichen Briefes kannte, ist zur Sache ganz gleichgültig.“

München, 15. Febr. Von hochstehender Seite erfährt der hiesige Korrespondent der „Köln. Ztg.“, daß seitens der hiesigen Nuntiaturschreiberei des zweiten Jacobinischen Schreibens vor etwa vierzehn Tagen den deutschen Erzbischöfen und Bischöfen ohne jeden Kommentar mitgeteilt worden ist. Das erste Jacobinische Schreiben sowie Franckenstein's Anfrage wurden nicht mitgeteilt. Der Korrespondent bemerkt dazu: „Die Sache beweist deutlich den Wunsch des Papstes, daß seine Ansicht über das Septennat nicht bloß zur Kenntnis der Centrumsführer und der Abgeordneten, sondern auch der katholischen Wähler gelange.“

Strasburg, 15. Febr. Der hochwürdigste Koadjutor der Diözese Strasburg, Bischof von Casaropolis i. p. i. Dr. Stumpf, hat an die Geistlichkeit seines Sprengels einen Erlaß in französischer Sprache gerichtet, der in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet: „Herr Pfarrer! Mehr als einmal ist die Geistlichkeit bei Gelegenheiten städtischer, staatlicher und anderer Wahlen in mehr oder weniger unangenehme Schwierigkeiten verwickelt worden, und die Regierung hat geglaubt, darüber Klagen an uns richten zu sollen. Am Vorabend neuer Wahlen für den gesetzgebenden Körper, welche einen ernsteren und lebhafteren Charakter als jemals angenommen haben, glauben wir Ihnen die größte Zurückhaltung empfehlen und Sie besonders bitten zu sollen, die Wahlfrage nicht auf die Kanzel zu bringen, damit auf diese Weise für die Geistlichkeit jede Agitation, die sie blossstellen könnte, vermieden werde.“ B. Paul, Er. C.“

Ans Elsaß-Lothringen, 15. Febr. Bei dem Mangel an offen zu Tage tretender Führerschaft der einzelnen reichsständischen Parteirichtungen ist es erst heute möglich, sich ein ungefähres Bild davon zu machen, wie sich die Wahl am nächsten Montag gestalten wird. In neun Elsaß-Lothringischen Wahlkreisen, nämlich Altkirch-Thann, Kolmar, Gebweiler, Kappelweiler, Schlettstadt, Molsheim-Erstein, Saargemünd-Borbad, Volchen-Diedenhofen und Saargemünd-Chateau-Salins wird das Wahlgeschäft wohl einen sehr interessanten Verlauf nehmen, da daselbst den seitherigen Abgeordneten keine Gegenkandidaturen gegenübergestellt worden sind. Die Wiederwahl der Herren Winterer, Grad, Guerber, Simonis, Kang, Born v. Bulach, Zauner, Wendel und Germain ist also ohne Wahlkampf gesichert. Auch in Mülhausen, wo nach dem Rücktritte des Protestiers Valance dem gemäßigten Kandidaten Mieg-Röschlin der Sieg gewiß ist, wird die Wahl wenig Aufregung verursachen. Um so heftiger wird dagegen der Kampf in Metz (Remlinger gegen Antoine) und in Strasburg (Petri gegen Kable) entbrennen. In diesen beiden Städten, welche die Protestpartei seither als ihre sicheren Domänen zu betrachten gewöhnt war, handelt es sich darum, der gemäßigten Richtung, welche bereits bei den letzten Gemeinderathswahlen die Oberhand erhielt, endgültig zum Siege zu verhelfen. Die Erreichung dieses Zieles wird nicht leicht sein, da die Protestpartei mit Aufbietung aller Kräfte ihre letzten Positionen verteidigen wird. Dem Ausgang des Kampfes wird man daher mit ganz besonderem Interesse entgegensehen dürfen. In Strasburg-Land tritt Bad gegen Wähleisen, in Zabern Dr. Höffel gegen Goldenberg, in Pagenan-Weissenburg Graf Dürtheim-Montmartin gegen v. Dietrich auf. Als ein Fortschritt im Vergleich zu früher muß es bezeichnet werden, daß mit ein paar Ausnahmen sämtliche Kandidaten ein Wahlprogramm erlassen haben, in welchem sie in mehr oder weniger ausführlicher Weise die Wähler über ihre Stellung zu den Tagesfragen aufklären.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Februar.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Meldung nachbenannter Offiziere entgegen: des Generalmajors Bergmann, Inspektor der Infanterieschulen; des Majors Klein, aggregirt dem 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112; des Majors J. D. von Bignau dahier; des Hauptmanns von Zweifel vom 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22 und des Garnisons-Bauinspektors Gerstner von hier. Hierauf ertheilte Seine Königliche Hoheit dem Domänenrath Schenck, dem Fortobergeometer Bürgin und dem Professor Maler Schürth von hier, dem akademischen Musikdirektor Wolfram von Heidelberg, sowie einer Deputation der Stadt Billigen, bestehend aus dem Bürgermeister Olander, dem Oberförster Ganter und dem Kunstmühlbesitzer Oberle von da, Audienz und empfing zum Schluß den königlich Bayerischen Generalmajor a. D. von Parsival.

Nachmittags hörte der Großherzog die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg.

Abends folgten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin der Einladung des kommandirenden Generals des 14. Armeecorps, General der Infanterie und Generaladjutant von Obernitz und dessen Gemahlin zu einem großen Ball. Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Ludwig Wilhelm traf kurz vorher aus Heidelberg hier ein, um an dem Ball theilzunehmen.

(Der „Staatsanzeiger“ für das Großherzogthum Baden“) Nr. 5 vom 14. Februar enthält: 1) Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königlichen Hoheit des Großherzogs, Erlaubnis zur Annahme fremder Orden und Dienstreisen berekend; 2) Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden, und zwar a. des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts über die akademische Preisvertheilung zu Heidelberg, die Rechtsanwältin Hermann Friedmann in Karlsruhe, Dr. Sally Stern in Mannheim und Dr. Leopold Weill in Karlsruhe, die Lehramtskandidatenprüfung für 1887 und die Vergabung von Freiplätzen im Weiblichen Lehr- und Erziehungsanstalt zu Baden; b. des Ministeriums der Finanzen wegen der maschinentechnischen Staatsprüfung.

Rechtsanwalt Dr. Sally Stern hat auf Zulassung beim Landgerichte Karlsruhe verzichtet und ist beim Landgerichte Mannheim zugelassen worden. — Die Prüfung der Lehramtskandidaten im Jahre 1887 wird in den folgenden Fristen abgehalten: 1) für die Kandidaten der vollständigen Prüfung in klassischer Philologie am 4. März und den folgenden Tagen; 2) für die Kandidaten der Prüfung in moderner Philologie (Deutsch, Französisch, Englisch) und Geschichte am 7. März und den folgenden Tagen; 3) für die Kandidaten der Prüfung in Mathematik und Naturwissenschaften am 28. Februar und den folgenden Tagen. — Referendar Dr. Leopold Weill von Bahl wird beim Landgerichte Karlsruhe als Rechtsanwalt zugelassen. — Im Weiblichen Lehr- und Erziehungsanstalt zu Baden sind auf Dienst d. J. für Mädchen aus der ehemaligen Markgrafschaft Baden, welche wenigstens 10 und nicht über 16 Jahre alt sind, einige Freiplätze zu vergeben. Bewerbungen sind unter Anschluß von Nachweisen über Alter und Herkunft, sowie von Vermögens- und Schulzeugnissen binnen vier Wochen beim Oberlehrer einzureichen. — Diejenigen Kandidaten des Maschinenbauwerks, welche an der in diesem Frühjahr beginnenden maschinentechnischen Staatsprüfung Theil nehmen wollen, haben ihre Anmeldung zur Prüfung spätestens am 1. März d. J. beim Ministerium der Finanzen einzureichen.

(Das „Verordnungsblatt der Steuerdirektion“) Nr. 2 enthält eine Verordnung, das Gehilfenpersonal der Steuerkommissionäre und der Bezirksverrechnungen betreffend; eine Bekanntmachung über die Steuerpflichtigkeit eingeführter Fleischwaren; eine Verordnung wegen der Befreiung der Steuererhebungsbedienste; eine Bekanntmachung, betreffend die Eintheilung der Geschäftsbezirke der Steuerkommissionäre, und das Aemterver-

zeichniß für die Verwaltung der Zölle und Reichsteuern und Uebergangsabgaben, II. Theil; Personalnachrichten und die Anzeige von Todesfällen.

X Neustadt im Schwarzwald, 15. Febr. (Militärvereins-Versammlung.) Letzten Sonntag hatten sich auf ergangene Einladung eine große Anzahl Militärvereins-Mitglieder des Bezirksverbands Neustadt zusammengefunden, um eine Ansprache des Bezirkspräsidenten entgegenzunehmen. Nach kurzen einleitenden Worten über Organisation des Bezirksverbandes besprach der Redner die Bestimmungen der Vereinsstatuten, nach welchen konfessionelle und politische Erörterungen in den Vereinen nicht stattfinden dürfen, und dann den § 1, „Zweck der Militärvereine ist die Pflege der Treue zu Kaiser, Landesherr und Vaterland“. Die von Herzen kommenden belehrenden Worte des Redners gingen auch zu Herzen, wie das als Zeichen unbedingter Zustimmung vorgeschlagene Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und Seine Königliche Hoheit den Großherzog auf's kräftigste bezeugte. Dem einstimmigen Verlangen, Seine Königliche Hoheit von dieser patriotischen Stimmung und dem innigsten Dankesgefühl, das alle Verbandsmitglieder zu dem hohen Protektor befehle, Kenntnis zu geben, wurde durch ein Telegramm entsprochen, auf welches den andern Tag nachfolgende Antwort eintraf:

An den Bezirkspräsidenten der in Rössingen versammelten Militärvereine, Herrn Dr. Fröhlich in Rössingen.

Danken Sie in meinem Namen den Militärvereinen Rössingen, Röhdenbach, Gschwiler und den Abordnungen aus Neustadt, Friedenweiler und Bierhölzer für die mir gewidmeten Versicherungen der Treue und Hingebung. Ich baue fest auf den patriotischen Geist dieser treuen Männer. Zehle zuversichtlich auf die Betheiligung dieser werthen Gefinnung.

Friedrich.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
Berlin, 16. Febr. Der „Reichsanzeiger“ meldet, daß Seine Majestät der Kaiser an Schnupfen und Heiserkeit leidet und infolge dessen gehindert ist, das Zimmer zu verlassen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Donnerstag, 17. Febr. 26. Ab.-Vorst. Zum erstenmale wiederholt: „Die Sternschnuppe“, Schwanl in 4 Akten, von G. v. Moser und D. Girndt. Anfang 6 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

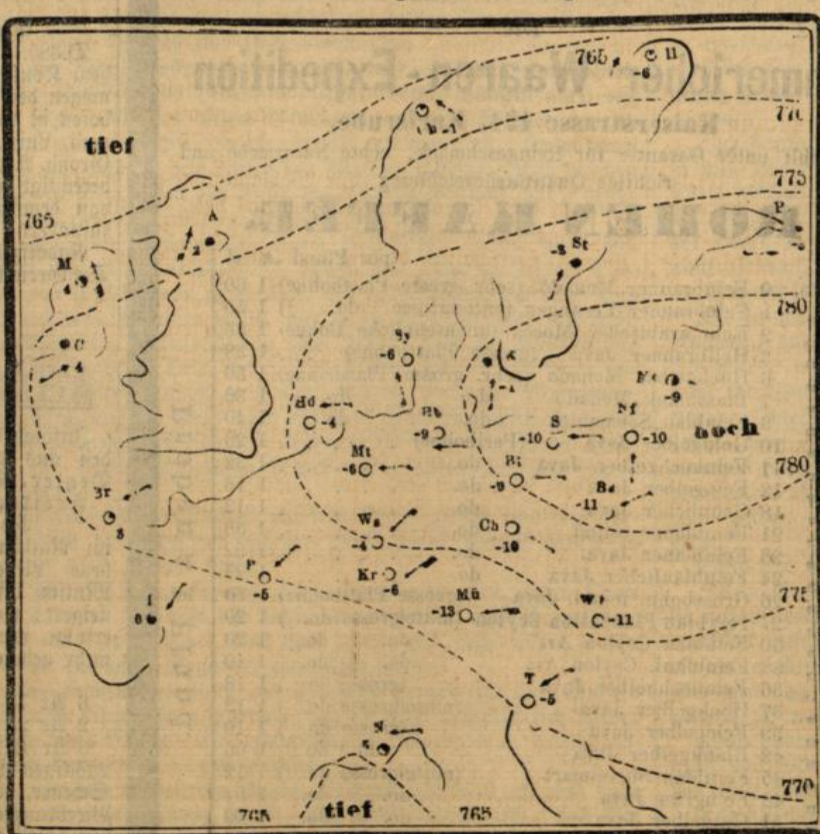
Karlsruhe. Auszug aus dem Standebuch-Register.
Geburten. 9. Febr. Gustav Ludwig Karl Friedrich, S. Gustav Geier, Metzgermeister. — 10. Febr. Karl Rudolf und Jakob Friedrich (Zwillinge), S. Jakob Merle, Kohlenhändler. — Karl, S. Heinrich Thomajewski, Händler. — Klara Maria; S. Leop. Gg. Dils, Eisenhändler. — 11. Febr. Luise, S. Robert Kurze, Lederfärber. — Ludwig Josef, S. Ludwig Raiband, Graveur. — Pauline, S. Clemens Schieß, Privatier. — Frieda Friederike, S. Joh. Maule, Bahnhofsarbeiter. — 12. Febr. Marie, S. Joh. Sauter, Stalldiener. — Anna Josefine Ida, S. Christian Leop. Beck, Kadett. — Arthur Erich, S. Jakob Müller, Metzgermeister. — 13. Febr. Elise Frieda, S. Ferdinand Scherfling, Schuhmacher. — Friedrich, S. Karl Loder, Bremser. — 14. Febr. Karoline Emilie, S. Ludwig Maynard, Bierbrauer. — Julie Helene, S. Karl Welsch, Weißgerber. — Martha Emilie Luise, S. Adolf Dartsch, Färbereimeister.
Todesfälle. 15. Febr. Gustav S. L., S. Geier, Metzgermeister. — Anton Gehring, ledig, Bierbrauer, 25 J. — Elsa, 1 J. 10 M. 24 T., S. Bauer, Fotograf.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in m	Simmel.
15. Nachts 9 U.	760.1	-0.6	31	70	NE ₂	klar
16. Morgs. 7 U.	761.2	-6.4	18	63	NE ₂	„
16. Mittags. 2 U.	760.4	-1.6	20	48	NE ₂	„

Wasserstand des Rheins. Mainz, 16. Febr. Morgs. 2.90 m, gefallen 1 cm.

Wetterkarte vom 15. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Das barometrische Maximum, über 780 mm, erstreckt sich von der westlichen Ostsee ostwärts nach dem Innern Russlands und dehnt seinen Wirkungskreis über ganz Europa aus. Ueber ganz Mitteleuropa ist bei meist schwacher östlicher Luftströmung das Wetter heiter und trocken. Der Frost hat über Centralearopa erheblich zugenommen, in Deutschland liegt die Temperatur bis zu 12 Grad unter dem Gefrierpunkt. Triest meldet -4 1/2, Odessa -12, Moskau -20 Gr., dagegen Sibirien innerhalb des Polarzirkels +4 1/2 Grad. Auch in England herrscht Frostwetter. (Deutsche Seewarte.)

Franfurter telegraphische Kursberichte

vom 16. Februar 1887.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	104.50	Staatsbahn	189
4% Preuss. Konf.	103.70	Lombarden	69
4% Baden in fl.	103.00	Galizier	157.50
4% „ in M.	103.30	Elbthal	120 3/4
4% Oesterr. Goldrente	86.30	Medlenburger	143.50
5% Silber.	63.25	Westfälische	149.50
4% Ungar. Goldr.	76.10	Bad. Ludwigsbahn	90.60
1877r. Russen	85.30	Wesel und Sorten	—
1880r.	78.90	Wechsel a. Amst.	168.25
11. Orientanleihe	55.00	„ „ London	20.40
Italiener compt.	93.40	„ „ Paris	80.37
Ägypter	70.90	„ „ Wien	158.80
Spanier	60.80	Napoleonsdor	16.13
5% Serben	76.10	Privatdiskonto	8 1/8
Banken.		Bad. Zuckerfabrik	—
Kreditaktien	213 1/2	Alkali Westereg.	—
Diskonto-Kommandit	186.50	Kreditaktien	214 1/2
Basler Baufer.	154.30	Staatsbahn	190
Darmstädter Bank	131.20	Lombarden	69 1/4
5% Serb. Hyp. Ob.	76.20	Tendenz: fest.	—
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	444.00	Kreditaktien	269.20
Staatsbahn	378.50	Marknoten	63.02
Lombarden	141.50	Tendenz: reservirt.	—
Disk. Kommand.	186.30	Paris.	
Raurahütte	77.50	4 1/2% Rente	106.57
Dortmunder	57.60	Spanier	61 1/2
Marienburg	35.50	Ägypter	360
Medlenburger	—	Ottomane	482
Tendenz: —	—	Tendenz: —	—

Todesanzeige.
D.392. Karlsruhe.
Theilnehmende Freunde und Bekannte benachrichtigen wir ergebenst, daß unser lieber Onkel, Herr **J. A. Weiß** in Nachargemünd, am Sonntag dem 13. Februar nach mehrmonatlichem Krankenlager im Alter von 75 Jahren sanft entschlafen ist.
Karlsruhe, den 15. Febr. 1887.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Weiß, Betriebscontroleur.

Todesanzeige.
D.398. Offenburg.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren theueren, unvergesslichen Vatten, Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, den Präsidenten des Großherzoglichen Landgerichts und Inhaber des Kommandeurkreuzes des Jähringer-Löwen-Ordens
Herrn Eduard Bachelin nach langem, schweren Leiden im 68. Lebensjahre heute Nachmittag 2 1/2 Uhr, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, zu sich zu nehmen.
Offenburg, den 15. Febr. 1887.
Die Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle im Friedhof aus statt.

Todesanzeige.
D.399. Wiesloch. Tieferschüttert widmen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme die traurige Mittheilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe Schwester und Schwägerin
Karolina Schweizer heute Abend 6 Uhr nach kurzen, aber schweren Leiden zu sich abzurufen.
Wiesloch, den 15. Febr. 1887.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Bertha Kömmele, geb. Schweizer.
Robert Kömmele, Domänenverwalter.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 17. d. M., Nachmittags 3 Uhr, statt.

Haushälterin.
Ein Frä. gef. Alters, m. f. g. Zeugn. u. Empf. f. Stellung z. selbst. Fähr. c. Haushalts. Offerten erbeten unter T. S. a. d. Exped. d. Bl. D.387.1.

Central-Stellen-Vermittlungs-Bureau
der verbundenen
Kaufmännischen Vereine
Badens und der Pfalz
in Mannheim.
Wir haben fortwährend hiesige wie auswärtige Vakanten in großer Zahl zu besetzen, wozu uns Offerten geeigneter Bewerber erwünscht sind. Die Herren Prinzipale werden kostenfrei bedient.
Einzig Direkte Postlinie
Antwerpen
Nord Amerika
Königl. Belg. Postdampfer der
Red Star Linie
Samstags nach New York
Auskunft ertheilen:
C.538.2.
von der Becke & Marsily, Antwerpen.
M. Schmidt & Sohn, 32 Karlsruh.
Joh. Felstenrger, Marienstr. 17
L. Ph. Dessel, 76 Zähringerstr.
W. Guénot, Akademiestrasse 15
Bruno Kossmann, Zirkel 24
B. Konrad, Steinstrasse 2
Carl Barthold, Adlerstrasse 19
Karlsruhe.

Drunksucht
beseitigt, mit und ohne Wissen, Spezialität Karzer-Gallert, (Garus-Schweiz). Garantie! Unschädliche Mittel! Halbe Kisten nach Heilung! Prospekt, Fragebogen, Zeugnisse gratis! C.43.9.

Festhalle Karlsruhe.
Samstag den 19. Februar 1887, Abends 7 1/2 Uhr,
in den festlich beleuchteten Sälen der Festhalle:
Großer Maskenball.
Ertheilung von Prämien im Gesamtbetrag von **800 Mark**,
entnommen aus den Eintrittsgeldern des Balles, und zwar:
an die schönsten oder originellsten Herren- und Damen-
kostüme im Gabenwerth von **450 Mark** (6 Herren- und 10
Damenpreise); ferner an die drei originellsten und schönsten
Gruppen, je aus wenigstens 4 Personen bestehend, im Geldbetrag
von **200 Mark, 100 Mark und 50 Mark**.
Die Ball- und Concertmusik wird ausgeführt von den voll-
ständigen Kapellen des
1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 unter Leitung des Herrn
Kapellmeisters Böttge und des
3. Bad. Dragoner-Regiments Nr. 22 unter Leitung des Stabs-
trompeters Herrn Möbius.
Eintrittskarten für die Person zu **2 M. 50 Pf.** sind von Mittwoch bis
Samstag Abends 6 Uhr zu haben bei:
Hrn. Lederhändler **Knauf**, Kaiserstr. 61, Frau Friseur **Vieger** Ww., Friedrichs-
Kaufm. **Chr. Grimm**, " 36, platz 11,
" **Bregenzler**, " 76, Hrn. Kaufm. **Fr. Maish**, Waldstr. 57,
" **Wohl**, " 138, " **Schwaab**, Amalienstr. 19,
" **Eug. Dahlemann**, Ecke " **Bronner**, Wilhelmstr. 1.
der Kaiser- u. Herrenstraße.
Kassenpreis in der Festhalle 3 Mark.
Nummerirte Balkonlogengänge à 3 M. werden in beschränkter Zahl bei
Herrn Kaufmann **Bregenzler**, Kaiserstr. 76, abgegeben.
Die Karten berechtigen zum Eintritt zu allen Räumlichkeiten des Festes,
in den Ballsaal jedoch nur in Maskenkostüm oder Ballanzug.

Baden-Baden. — Conversationshaus.
Samstag den 19. Februar 1887, Abends 8 Uhr:
GROSSER MASKEN-BALL
in den
festlich decorirten u. brillant beleuchteten Sälen des Conversationshauses.
Zwölf Preise,
worunter 2 Gruppen-, 5 Damen- und 5 Herrenpreise
den schönsten oder originellsten Herren- und Damen-Costümen
im Gesamtwert von **500 Mark**.
Verloosung einer Anzahl werthvoller Gewinne.
Zwei Ball-Orchester.
Eintrittspreis mit Loos-Nummer **3 Mark**.
Das städtische Cur-Comité.
Gönner. Th. Weib. D.301.2.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
Eingetragene Genossenschaft.
Die verehrlichen Mitglieder werden zu der diesjährigen ordentlichen
Generalversammlung
auf **Freitag den 25. Februar, Abends 8 Uhr**, im Gasthof zum weißen
Bären, Karl-Friedrichstraße 28 (Saal des zweiten Stodes) ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage für das Jahr 1886 und Verfügung über die Ertrübrigung.
2. Antrag auf theilweise Aenderung der §§ 7 und 9 der Satzungen.
3. Wahlen zur Erneuerung des Aufsichtsrathes und der Rechnungsrevisoren.
Der Jahresbericht für 1886 nebst den Rechnungsnachweisungen wird einige
Tage vor der Generalversammlung in den Vereinsläden an die Mitglieder
abgegeben.
Karlsruhe, den 14. Februar 1887.
Der Aufsichtsrath.
C.599.1.

Die Emmericher Waaren-Expedition
Kaiserstrasse 124, Karlsruhe,
empfiehlt unter Garantie für Reingeschmack, echte Naturfarbe und
richtige Qualitätsbezeichnung
ROHEN KAFFEE.

No.	per Pfund M. S.
0	Feinbrauner Menado (sehr grosse Plattbohne) 1 60
1	Feinbrauner Preanger (mittelgrosse do.) 1 50
2	Echt arabischer Mokka (unansehnliche Bohne) 1 36
3	Heilbrauner Java (grosse Plattbohne) 1 33
6	Hochgelber Menado (sehr grosse Plattbohne) 1 56
7	Blassblau Menado do. do. 1 38
9	Feinblau Soemaniek do. do. 1 40
10	Goldgelber Java (Perlbohne) do. do. 1 26
11	Feinhochgelber Java do. do. 1 32
12	Feingelber Java do. do. 1 18
18	Grünlicher Java do. do. 1 12
21	Feinblauer ostind. do. do. 1 33
23	Feinblauer Java do. do. 1 32
24	Feinbläulicher Java do. do. 1 28
26	Grossbohne, feinkl. Java (grosse Plattbohne) 1 36
27	Feinblau Plantation Ceylon (mittelgrosse do.) 1 20
30	Feinblau Ceylon Art do. do. 1 20
33	Feinblau Ceylon Art do. do. 1 10
36	Feinhochgelber Java (grosse do.) 1 18
37	Hochgelber Java (mittelgrosse do.) 1 12
39	Feingelber Java (grosse do.) 1 10
42	Blau gelber Java do. do. 1 06
45	Feinblau Surinamart (mittelgrosse do.) 1 12
48	Feingrün Java do. do. 1 04
51	Gulgelber Java do. do. 1 02
53	Afrika-Kaffee (unansehnliche Bohne) do. do. — 96
57	Klei-e Bohnen mit Bruch (gereinigt, halb ge- brannt und gewaschen) do. do. — 90

Bei Abnahme von 9 1/2 Pfund ermässigte Preise.
Probena 1 Pfund.

Die Vermögensabsonderung.
D.385. Nr. 1621. Radolfszell. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Josef Auer von Hemmenhofen ist die Ehefrau des Gemeinschuldners, Julie, geb. Wieland, durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts vom 26. Januar für berechtigt erklärt worden, ihr Vermögen von demjenigen ihres Gemannes abzusondern.
Radolfszell, den 10. Februar 1887.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Häusler.

Steigerungs-Aufündigung.
C.581.1. Ettlingen.
Infolge richterlicher Verfügung werden aus der Konkursmasse des Karl Degler, Kronenwirths in Walsch, am Freitag den 11. März d. J., Vormittags 8 Uhr,
im Rathhaus in Walsch nachbeschriebene Eigenschaften der Gemerkung Walsch öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird:
R. N. Nr. 490.
2 Ar 75 Meter Hofraithe s,
2 Ar 25 Meter Hofraithe b,
3 Ar 42 Meter Hausgarten mit einem ständigen Wohnhaus mit Nebengebäude, Scheuer, Stall und Holzremise mit Bierbrauereierrichtung und Eisfeller mit der Realbildgerechtigkeit zur Krone in Walsch, neben Johann Wehler, David Köh Maier, vormaligen der Straße, Anschlag 27000 Mk.
Ettlingen, den 9. Februar 1887.
Groß. Notar
H. S.

HAMBURG-AMERIKANISCHE
PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT.
Directe Postdampfschiffahrt
von **Hamburg** nach **Newyork**
jeden Mittwoch und Sonntag,
von **Havre** nach **Newyork**
jeden Dienstag,
von **Stettin** nach **Newyork**
alle 14 Tage,
von **Hamburg** nach **Westindien**
monatlich 3 mal,
von **Hamburg** nach **Mexico**
monatlich 1 mal.
Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausgezeichneter Verpflegung, vorzügliche Reis-Gelegenheit sowohl für Cajits- wie Zwischendecks-Passagiere.
Nähere Auskunft ertheilen **Walther & v. Reckow** in **Mannheim**.
Hrb. St. ohmaler, Karlsruhe, Herrenstrasse 8.

Offene Arzt-Stelle.
D.390.1. In der Gemeinde **Zimmendingen**, Kreuzungspunkt der Badischen Schwarzwaldu. u. Württemb. Bahn, ist die Stelle eines Arztes offen und bietet sich für eine tüchtige Kraft günstige Gelegenheit zu einer sicheren u. lohnenden Existenz. Die Gemeinde gewährt ein jährliches Wartegeld von 300 Mark, nebst freier Wohnung, ferner stellt die Krankenkasse der hieselbst befindlichen Maschinenfabrik eine ansehnliche Aversalsumme in Aussicht. Außerdem bieten die um Zimmendingen liegenden Orte ein einträgliches Feld für ärztliche Praxis. Bewerber um diese Stelle wollen sich bis längstens Ende des Monats beim Bürgermeisteramt Zimmendingen melden, woselbst auch das Nähere zu erfahren ist.

Familien-Pensionat
für Töchter gebild. Stände von Frau **M. Leopold Witwe u. Töchter, Feidelsberg**, Gröndl. Erlern. d. Hausw., gefell. Form., Fortb. in Wisensch., Handarb., Musik. Gute Ref. Näh. d. Profy.

Bürgerliche Rechtspflege.
Konkursverfahren.
C.602. Nr. 4112. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des k. Wirthschaftsrichters **Eduard Klein** von Karlsruhe wurde, da eine Ueberführung desselben vorliegt, heute am 14. Februar 1887, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsanwält Herr Frey von Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 5. März 1887 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag den 10. März 1887, Vormittags 10 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Donnerstag den 31. März 1887, Vormittags 10 Uhr,
vor Groß. Amtsgericht dahier Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpacken oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. März 1887 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 14. Februar 1887.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Braun.

Bekanntmachung.
C.603. Karlsruhe.
Den Vollzug des Sozialistengesetzes betreffend.
Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 sind von der königl. bairischen Regierung von Schwaben und Neuburg in Augsburg unterm 5. d. M. verboten worden:
1. Eine Broschüre mit der Ueberschrift: **„Vier Reichstagsreden.“** Das Handwert und die modernen Jünfler. Rede des Abgeordneten Grillenberger zu den Anträgen Adernann-Biehl in der Reichstags-Sitzung vom 30. Januar 1886. — Zur Kranken- und Unfallversicherung land- u. forstwirtschaftlicher Arbeiter. Rede des Abgeordneten Frohne in der Reichstags-Sitzung vom 3. Februar 1886. — Deutschland und die russischen Anlehen. Rede des Abgeordneten Viehbeck in der Reichstags-Sitzung vom 8. Februar 1886. — Der Kampf um die Währung. Rede des Abgeordneten Auer in der Reichstags-Sitzung vom 10. Februar 1886. Nürnberg vom 10. Februar 1886. Druck u. Verlag von Wörlein und Comp.
2. Eine Broschüre mit der Aufschrift: **„Salzener, Petroleum-zoll und Brennstener.“** Steuergeschichte und Verhältnisse der Reichstags-Verhandlungen vom Mittwoch den 6. Mai 1885. Nürnberg. Druck u. Verlag von Wörlein und Comp.
(Karlsruher Anzeiger 1887, Nr. 34.)
Karlsruhe, den 15. Februar 1887.
Groß. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Eisenlohr. Blattmer.

Holzversteigerung
aus Groß. Hardwald, Abth. Reitschulschlag.
Donnerstag den 24. d. M.:
814 Ster forlene Brigelholz,
2500 forlene Welen.
Zusammenkunft früh 9 Uhr auf dem Jagdsfeld Eggensteiner Weg beim Jägerhaus.
Karlsruhe, den 16. Februar 1887.
Groß. Hofort- und Jagdamt.

Holzversteigerung.
C.574.2. Die Groß. Bezirksforstei Karlsruhe vertiegt den 2. Februar 1887 Karlsruher gegen Barzahlung mit 2% Rabatt im ärarischen Kaufswörter, jeweils 9 Uhr auf der Hiebsfläche beginnend:
Donnerstag den 24. Februar d. J.:
10 Ster Eichenst. 972 Ster gemischte harte, 993 Ster gemischte Weichlaub-Hollen und Brigel, 1 1/2 Meter lang, 227 Ster gemischtes Stochholz.
Freitag den 25. Februar:
37800 gemischte Welen.
Samstag den 26. Februar:
45 Eichen 1. bis IV. Klasse, 23 Eichen, 42 Nüster (Nüsten), 56 Nüster, 8 Hainbuchen, 1 Nüster, 6 Ritterschwappeln, 3 Silberpappeln, 5 Rothweiden; sämmtlich Nüsterstämme.
Die Waldhüter Fütterer in Forstheim (bei Ettlingen) und Raitter in Darlanden zeigen inzwischen das Holz vor. Ersterer fertigt „Ausläge“.

Stammholz Versteigerung.
D.360.2. Durmersheim.
Die Gemeinde Durmersheim versteigert am **Freitag den 18. und Samstag den 19. Februar** in ihrem Gemeinde-Dammwald:
105 Eichtämme von 1 bis 6 Kubikmeter,
301 Eichtämme von weniger als 1 Kubikmeter,
64 Erlen, 18 Eichen,
133 Hainbuchen, 6 Pappeltämme,
3 Nüsten, 1 Nüster,
4 Weiden, 2 Kirschbäume.
Die Zusammenkunft ist jeweils Vormittags 10 Uhr im Diebschlag.
Durmersheim, 13. Februar 1887.
Bürgermeister Hed.
C.585. Nr. 226. Meersburg.
Unserer H. Gehilfenstelle mit einem Gehalt von 1050 Mk. ist auf 1. März d. J. zu besetzen. Bewerber haben sich innerhalb 8 Tagen unter Anschlag ihrer Zeugnisse hier zu melden. Finanzassistenten erhalten den Vorzug.
Meersburg, den 14. Februar 1887.
Gr. Domänenverwaltung.